

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,00 M. Für Wohnort nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postzuschlags für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,00 M., möglichst baldmöglichst, bei Bestellungen für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über dem Namen kostet 5,- M. einschließlich Zustellungsgeld. Kleine Anzeigen: Das erste Heft kostet 2,- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Zustellungsgeld. Einmalige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Orts-Anzeigen 2,20 M. extra pro Zeile. Orts-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das erste Heft kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510, 4602, 4625, 4640, 4621

FR E I H E I T

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis

Zum Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die als Zeichen jenes Geistes neomilitaristischer Brutalität und planmäßiger Ausmerzung der revolutionären Führer uns heute rückschauend erscheint, haben wir, die zur Enthüllung der wirklichen Motive der Tat, des tatsächlichen Verlaufs, der Werkzeuge und wahren Schuldigen unsern Teil beigetragen haben, auch die Pflicht, das Wirken beider Führer der Arbeiterklasse und einer bestimmten politischen Partei im Rahmen des Gesamtverlaufs der Revolution zu würdigen und ihr Handeln zu erklären, nicht nur aus ihrer persönlichen Veranlagung, sondern auch aus den allgemeinen geschichtlichen Umständen und der besonderen taktischen Richtung jener Gruppe, deren begabteste und energiegelteste Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren.

Beide Begründer des Spartakusbundes haben ihr geschichtliches Verdienst in der unermüdbaren Bekämpfung des Weltkrieges — der Kriegspolitik der deutschen Regierung und der deutschen Sozialdemokratie seit dem 4. August. Die Briefe und Eingaben Karl Liebknechts an den Parteivorstand seit der verhängnisvollen Schwendung der Reichstagsfraktion sind nicht nur ein Zeugnis seines glühenden internationalen Gefühls, sondern zeigen auch, wie er unter dem geistigen Einfluß von Rosa Luxemburg die Zusammenhänge der Kriegspolitik klar erkannte und mit seinem ganzen Temperament sich der Welle des Nationalismus entgegenwarf. Diese Eingaben und die Junius-Broschüre Rosa Luxemburgs gehören zu den glänzendsten Dokumenten der Antikriegspolitik der internationalen Sozialdemokratie, gleich bedeutsam durch ihre politisch-wirtschaftliche Analyse der weltpolitischen Lage, den Gang der Sprache, die Leidenschaft der Darstellung und des Aufbaus zum Klassenkampf.

Dieser Klassenkampf gegen den Krieg führte Liebknecht ins Zuchthaus und Rosa Luxemburg in dauernde Schutzhäft. Die „Reform-Aera“ des Prinzen von Baden befreite Liebknecht, die Revolution Rosa Luxemburg, und nun begann der positive Teil ihrer Politik, nun begann die eigene Parteibildung in der Revolution.

Wer Liebknecht hörte bald nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus, konnte unschwer feststellen, daß er als der Prophet der Revolution auftrat, als ein Rufener und Verkünder des Umsturzes, der die Massen anseuert, aber weniger als ein Politiker, der die Lage nüchtern untersucht. Er war geblendet durch das Licht der Freiheit und der Revolution und konnte sich nicht so schnell in der komplizierten Wirklichkeit zurechtfinden. Zehntlich ging es Rosa Luxemburg, bei der ein unbändiges, revolutionäres Temperament sich mit kühl rechnendem Verstand verband, die aber überreizt durch die lange Schutzhäft nur zu leicht in ihren alten Fehler verfiel, russische Erfahrungen allzu schablonenhaft auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. So erlebten wir die Sondergründung der kommunistischen Partei, die aufsteigende und in ihren Wirkungen verhängnisvolle Propaganda der „Roten Fahne“, die die Front des Proletariats zu zerrümpeln half und durch ihren ständigen Ruf „Auf die Schanzen“ die weniger disziplinierten, politisch ungeschulten Massen so sehr dem Putschismus in die Arme trieb, daß Rosa Luxemburg auf der Tagung des Spartakusbundes im Dezember 1918 selbst gegen die Linke ihrer Partei den Vorwurf des Unerntes und der geistigen Bequemlichkeit erheben mußte.

Wir erlebten damals, daß man den naiven Revolutionarismus ausgewachener Massen überschätzte und verwechselte mit zähem revolutionärem Kampf in Jahrzehnten geschulter Massen; wir erlebten, daß gerade Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Krise des Augenblicks die Reife der Verhältnisse überschätzten und durch ihre maßlose Kritik gegen das „marxistische Zentrum“ und die U.S.P.D. die anseuernde Wirkung aufhoben, die ihr revolutionärer Elan, ihre Sachkenntnis, ihre journalistische und rednerische Begabung in der Reihen des gerinten revolutionären Proletariats unerschütterlich ausgelöst hätten. Dies muß sachlich rückschauend festgestellt werden, bestätigt durch das weitere Schicksal der kommunistischen Partei, ohne den schmerzlichen Mord, die Niedertracht der Soldateska zu beschönigen und die im Grunde verfehlte bürgerliche Politik der Rechtssozialisten irgendwie zu rechtfertigen. Im Gegenteil, die Ueberspannungen der Politik und Agitation des Spartakusbundes und ihrer begabtesten Führer waren erst möglich bei der herrschenden Kompromisspolitik der Leute um Scheidemann, die ihre verhängnisvolle Kriegspolitik, ihre Politik der Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien, in anderer Form auch in die Revolutionsperiode hinüberleiteten und das Proletariat von Niederlage zu Niederlage führten.

Unangreifbar steht über dem Gekritt der Rechtssozialisten, die nach heute nicht ihre Vergehen gegenüber dem Proletariat einzusehen vermögen, die erst revolutionäre Gesinnung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, ihre begeisterte Hingabe an das Wohl des Proletariats, die unbestechliche Reinheit ihrer Motive. Trotz Haftbefehl und Belagerungszustand blieben beide in Berlin und boten mutig der Militärdiktatur Trotz. Sie fielen als Opfer im Klassenkampf mit einer verrotteten, durch vier Jahre Weltkrieg ent-

Die Eröffnung des Wahlkampfes

Mit vierzehn öffentlichen Wählerversammlungen, die, soweit die Berichte vorliegen, durchweg sehr gut besucht, teilweise überfüllt waren und überall einen ruhigen und würdigen Verlauf nahmen, trat unsere Partei in den Wahlkampf ein. Auffälligerweise haben in den wenigsten Versammlungen Diskussionen stattgefunden; auch Störungsversuche sind bis zum Redaktionsstich nicht gemeldet worden. Wir lassen kurze Berichte von den Versammlungen folgen:

In den Pharusialen

sprach Genosse Seger. Die Versammlung war sehr gut besucht, auch von Angehörigen der anderen Parteien. In anderthalbstündigen Ausführungen legte der Referent dar, welchen beschränkten Wert die Parlamente überhaupt haben, befahte sich eingehend mit der Situation in der Arbeiterbewegung und übte scharfe Kritik an der bisherigen Politik in Preußen. Dann erörterte Genosse Seger die Grundzüge der U.S.P., die in Preußen zu erfüllenden Aufgaben und schloß mit einer Darlegung des proletarischen Kampfes, den die Arbeiterklasse über das Parlament hinaus zu führen hat.

Das Referat erhielt starken Beifall; eine Diskussion wollte aber trotz der Aufforderung des Vorsitzenden nicht zustande kommen; die Kommunisten fanden nur Mut zu einigen Zwischenrufen. Im ganzen war diese Versammlung nach Stimmung, Verlauf und Besuch ein würdevoller Auftakt.

In den Germaniaalen

war die Versammlung ebenfalls gut besucht. Genosse Dr. Wehl bezeichnete den Wahlkampf vor allem als einen Kampf gegen die Indifferenz der Massen. Von der preussischen Regierungskunst nahm er sich vor allem das Kapitel Haenisch vor, ferner Herrn Severings Politik und seine Stupidez, für die die Militärden hinausgeworfen werden, während die Kriegstrümpel mit Bettelstiefeln abgeputzt werden. Genosse Wehl schloß mit einem eindringlichen Appell, die sozialistischen Ideen weiterzutragen. Das Referat wurde mit starkem Beifall aufgenommen, eine Diskussion fand auch hier nicht statt.

In den Residenzfestalen

war unsere öffentliche Wählerversammlung ebenfalls gut besucht. Die Anwesenden lauschten aufmerksam dem Referat des Genossen Lampe, der in treffenden Worten die ganze heutige bürgerliche Politik geißelte. Die Versammlung bewies ihr Einverständnis mit lebhaftem Beifall. Eine Diskussion fand auch hier nicht statt.

In der Böhmer-Brauerei

war durch ein Versehen der Leitung der S.P.D. eine öffentliche Versammlung eintreten, wir lehnten aber ab, eine gemeinsame Versammlung mit ihnen abzuhalten, worauf die erschienenen Rechtssozialisten den Saal räumten. Unser Referent, Genosse Walded Manasse, geißelte in treffenden Worten die längst dem Tode geweihte Politik des preussischen Landtages. Er rechnete mit der reaktionären Stupidsität, den Monarchisten, ab, vergah aber auch nicht die antisozialistische Tätigkeit der Reformsozialisten zu kennzeichnen. Insbesondere verwies er auf die kulturfeindlichen Maßnahmen des Kultusministers Conrad Haenisch. Der Referent schloß mit dem Wunsch, daß dies die letzte Wahl sein möge, wo drei sozialistische Parteien, die einem gemeinsamen Ziele zustrebten, gegeneinander, zum Gaudium der Reaktion und

zum Schaden des Proletariats, sich bekämpfen. Eine Diskussion fand nicht statt.

In der Schulaula Bräuer Straße 17/18

war unsere öffentliche Wählerversammlung sehr gut besucht. Referent war Genosse Dr. Freund, der sein aufklärendes Referat in vorzüglicher Weise vorbrachte, und oft von zustimmendem Beifall unterbrochen wurde. Der Referent besprach die verschiedenen sozialen Fragen und erinnerte an die im Entstehen begriffene Städteordnung, die auf jeden Fall so ausfallen wird, wie die Wahlen ausfallen. Obwohl Kommunisten anwesend waren, wurde auf eine Diskussion verzichtet, der Referent wurde mit lebhaftem Beifall belohnt.

In der Bleichhöfchen

war das Haus vollbesetzt. Der Referent, Genosse Faas, sprach in klaren und sachlichen Zügen über das Programm unseres Kampfes zur Landtagswahl und forderte die Anwesenden auf, ihre Stimmen unserer Liste zu geben.

In der Diskussion meldete sich ein K.A.P.D.-Mann namens Strohm, Düsseldorf, welcher durch seine Phrasen den Unwillen der Versammlung, sogar der eigenen Anhänger, erregte. Genosse Fahrwald machte nochmals auf den Ernst der Situation aufmerksam. Nach einer weiteren regen Diskussion und einem nochmaligen kurzen Appell, die Stimmen der U.S.P. zu geben, und einem Hoch auf die U.S.D., schloß Genosse Krause.

In der Postbrauerei

referierte Genosse Clauss im gutbesetzten großen Saal. Die Niederhaltung des Proletariats in der Inflation wie auch der Landwirtschaf während und nach dem Kriege wurden treffend gekennzeichnet. Mit scharfen Worten rechnete der Referent mit den rechtsstehenden Parteien ab und fand starken Beifall. Nach einer kurzen und sachlichen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung in der Schulaula Greisenhagener Str. 20

war von ca. 800 Personen besucht. Die eintündigen Ausführungen des Genossen Kahler fanden lebhaften Beifall. Die Versammlung nahm einen ruhigen und würdigen Verlauf. Ein schöner, erfolgversprechender Anfang der Wahlbewegung!

In den Comeniusalen

referierte vor einer sehr gut besetzten Versammlung der Genosse Sabath, der mit seinen Ausführungen großen Beifall fand. In der Diskussion ergänzte Genosse Ritter seine Ausführungen. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die revolutionäre Unabhängige Sozialdemokratie.

Die Versammlung in der Schulaula Mantauelstraße

war überfüllt. Die Ausführungen des Referenten, Gen. Krielle, fanden hürmischen Beifall. Er schilderte Preußen einst und jetzt, die Reaktion vor dem Kriege und wie sie jetzt wieder in Erscheinung tritt. In erster Linie sei grundsätzlicher Kampf für den Sozialismus, als Vorbereitung großer Stills für die Partei nötig. In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten, die bereits während ihrer Ausführungen großen Widerspruch bei der Versammlung fanden. Gen. Krielle widerlegte in seinem Schlusswort die Ausführungen. Zum Schluß forderte der Referent die Versammlung auf, der U.S.P. beizutreten. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratie.

menschen Offizierskaste. Ihr Tod wurde stürmisch bejubelt von einer Bourgeoisie, die mit dem sicheren Instinkt einer sterbenden Klasse die Totfeinde der bürgerlichen Gesellschaft in beiden Märtyrern erkannte.

Seit diesen Schredenstagen hat das deutsche Proletariat zahlreiche Opfer im revolutionären Kampf davongetragen. Tausende sind gefallen in den blutigen Kämpfen gegen den neuerstandenen Militarismus; Zehntausende haben in Gefängnissen und Zuchthäusern die Unmenschlichkeit der deutschen Justiz zu spüren bekommen. Eine Reihe der besten Führer des Proletariats wurden ihm durch Mordentwurf entzogen; auf Liebknecht und Luxemburg folgten Kurt Eisner und Hugo Haase, folgten Bogdan, Landauer und Leviné. Und über all die Nordstaaten triumphierend, folgte eine Aera der Schandjustiz, die zwar die härtesten Strafen kannte für revolutionäre Arbeiter und Sozialisten, die aber die Entlastung und Freisprechung der Mörder revolutionärer Führer oder wehrloser Arbeiter zum Gewohnheitsrecht stempelte in der deutschen Republik.

Nicht die Toten sind zu beklagen, sondern die Ueberlebenden, sagt Marx. Das wissen wir heute allzusehr, aber wir haben nicht zu klagen, sondern jene Verhältnisse zu ändern, aus denen die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wie alle nachfolgenden Scheußlichkeiten, alle Orgien der Reaktion sich fast naturnotwendig ergaben; wir haben jenes System von Grund aus umzugestalten, das aus dem nachrevolutionären Deutschland ein Paradies weißgardistischer Mordtaten, reaktionärer Rechtsverdreher, kapitalistischer Ausbeuter und Schieber gemacht hat.

Wir wissen nun, nach den bitteren Enttäuschungen und Rückschlägen der beiden Revolutionsjahre, daß die revolutionären Ziele des Proletariats nicht zu verwirklichen sind mit Hilfe jener taktischen Methoden, jener wirklichkeitsfremden schablonenhaften Formeln, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in vorwärtsdringendem Elan an-

wandten und die von ihren zwerghaften Nachfolgern nur noch vergrößert und verflacht wurden. Wir wissen, daß wir auf dem steinigen Boden der deutschen Wirklichkeit, zu einer Zeit wachsender nationaler und internationaler Reaktion und wirtschaftlicher Verelendung eine Periode harter, mühseliger Kämpfe vor uns haben, in denen erst die große Masse des Proletariats jene geistige Reife und organisatorische Geschlossenheit finden muß, die die notwendigen Voraussetzungen seines Sieges sind. Diese Erkenntnis zwingt uns auch heute, uns scharf von jenen kommunistischen Phrasenreihen und Abenteuerern abzugrenzen, die, den Namen Liebknechts und Luxemburgs mißbrauchend, das Proletariat in die Irre führen und das Gegenteil von dem erreichen, was sie angeblich anstreben.

Doch mag unser Weg von dem der Kommunisten abweichen, mag uns auch von ihren toten Führern manches Einzelnen trennen — in einer Frage ist zweifellos das gesamte Proletariat einig: daß es Ehrenpflicht aller Arbeiter, aller ehrlichen, anständigen Menschen ist, das Dunkel zu lichten, das den noch immer nicht gesühnten Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg umhüllt. Heute, am zweiten Todestage der Ermordeten, erheben wir erneut den Ruf nach Wiederaufnahme des Verfahrens im Liebknecht-Luxemburg-Prozess, die nach dem Geständnis eines der Mörder, Runge, und angesichts der Mitwirkung eines der militärischen Richter bei der Flucht Bogels auch vom juristischen Standpunkt nicht mehr abgelehnt werden kann.

Mögen sich die Hüter der offiziellen „Geschichte“, die den Mordern nach wie vor ihren Schutz angeheihen lassen, nicht der Täuschung hingeben, daß ihnen die Sabotage des Rechts auf die Dauer gelingen wird. Der Ruf nach Wiederaufnahme des Verfahrens wird nicht verstummen. Er wird immer stärker anschwellend, im ganzen Lande, in der ganzen Welt erschallen. Er wird zum Mittelpunkt unseres Kampfes gegen die neudeutsche Justizhande werden

und aus dem Widerstand der Arbeiterklasse wird, nur noch neue Antriebe und neue Kraft schöpfen.

Das deutsche Proletariat wird dafür Sorge tragen, daß die Revision des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses in jenem welthistorischen Maßstab erfolgt, den das internationale Proletariat und das Rechtsbewußtsein der gesamten Kulturmenschen verlangt.

Urteil

Von Albert Ehrenstein.

Und ewig bleibt ein Soldner der Soldat,
Und ewig klebt an Räten der Verrat,
Matronen sind die Revolutionsmatrosen,
Krokolbilstränen weint die Regierung.

Heerwürger, Blutberichter, Mordmarschälle:
Keiner sah das Richterschwert.
Aber der Bestreiter Seele
Hat zum Mord Tuch verflocht.

Wird leden die Bluthunde ihre Blutsuppe.
Ueber Liebknecht und Luxemburg
Großer Sieg der Regierungstruppe,
Großer Sieg der Bürgerbäuche.
Sie füllen Menschenblut in ihre Schläuche.

Dies ist nicht Volk, ist Pöbel.
Dem Kebricht sing ich lieber meine Oltanel.
Und wenn ich auch mit tausend Donnern rief,
Es schließe doch, verschließe,
Mordend noch im Traum,
Seine Zeit.

Vor der Wiederaufnahme des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses

Der Antrag des Genossen Dr. Weinberg auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist gestern dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann zur weiteren Erledigung zugewiesen worden. Wie das „Abendblatt“ meldet, wird Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann zu dem Antrage wegen Wiederaufnahme des Strafverfahrens erst Stellung nehmen können, wenn die Akten über den Mordprozeß Luxemburg-Liebknecht vom Straßenrat des Kammergerichts der Staatsanwaltschaft II zurückgestellt sein werden. Der Straßenrat des Kammergerichts hat diese Akten zur Orientierung erhalten, da er über die Beschwerde der Staatsanwaltschaft II wegen der Anfechtung des Oberleutnants Vogel zu entscheiden hat. Sobald die erwähnten Gerichtsakten dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann wieder zugegangen sind, wird er nach erfolgtem neuen Verhör des Justizrats Kunge seine Entscheidung über eine eventuelle Wiederaufnahme des Strafverfahrens treffen. Vor Mitte nächster Woche sei dies jedoch nicht zu erwarten.

Das „Berliner Tageblatt“ äußert sich endlich zur Angelegenheit Vogel und zur Revision des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses. Es schreibt, daß es eine schwere Erschütterung des allgemeinen Rechtsbewußtseins bedeute, daß diese furchtbare Missetat bisher keine Sühne gefunden hat. Und es würde „eine weitere Erschütterung bedeuten, wenn der wegen Begünstigung an diesen Herzogen verurteilte Milchbube, nachdem er sich zunächst der Verdühlung der Strafe durch die Flucht entzogen hat, jetzt „von Rechts wegen“ strafflos ausgehen sollte.“

Zu dem Revisionsantrag des Genossen Dr. Weinberg schreibt das Blatt, daß es auch ihm dringend erforderlich erscheine, daß trotz der Länge der inzwischen verstrichenen Zeit von den jetzt zuständigen Instanzen alles getan wird, um Licht in die Vorgänge zu bringen, die sich heute zum zweiten Male jähren, und die Schuldigen ihrer Bestrafung zuzuführen.

Ein neuer Schildbürgerstreich

Das Reichsministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem auswärtigen Amt beschlossen, dem von der „Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland“ in Berlin gestellten Antrage auf Verlängerung der den Mitgliedern der russischen technischen Staatskommission Professor Feodorow und Morossanow erteilten Aufenthaltserlaubnis in Deutschland nicht zu entsprechen. Zur Begründung wird angeführt, die Erfahrungen der im Juli 1920 nach Sowjet-Rußland ausgewanderten deutschen Arbeiter, von denen ein großer Teil inzwischen enttäuscht wieder heimgekehrt sei, hätten gezeigt, daß den deutschen Auswanderern gegenwärtig in Rußland schwere Prüfungen und Entbehrungen bevorstünden. Die Mitglieder der russischen technischen Staatskommission hätten selbst wiederholt die Schwierigkeiten der jetzigen Wirtschaftslage Rußlands, insbesondere auf dem Gebiete der Ernährung, betont. Rußland biete zurzeit keine Gewähr für ein gesichertes Fortkommen der deutschen Auswanderer. Unter diesen Umständen müsse vom Standpunkt der Auswandererfürsorge vorläufig vor der Auswanderung nach Rußland gewarnt werden; eine amtliche Förderung der Auswanderung dorthin könne bei der jetzigen Lage der russischen Verhältnisse nicht in Frage kommen.

Es wird weiter bekannt gegeben, daß der russischen technischen Staatskommission, zu deren Aufgaben hauptsächlich die Förderung der Auswanderung nach Rußland gehört, die Ausübung ihrer Tätigkeit in Deutschland somit nicht gestattet werden könne. Aus dem gleichen Grunde ist auch dem Gesuch, dem Kommissionsmitglied Jassanow die Wiedereinführung nach Deutschland zu erlauben, keine Folge gegeben worden.

Die neuesten Maßnahmen der Regierung gegen die offiziellen Vertreter der Sowjet-Regierung reihen sich den auf diesem Gebiete begangenen Dummheiten würdig an. Einerseits wird versucht, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Rußland, die für die gesamte deutsche Wirtschaft von ungeheurer Bedeutung sind, endlich in Gang zu bringen — noch in den letzten Tagen hat der deutsche Handelsattaché Standig Dr. P. Staehler sich zu diesem Zweck nach Sowjet-Rußland begeben — und andererseits fährt immer wieder die Polizeifantasi der Orgeschdemokraten in der Regie-

Die Eisenbahnerbewegung

Verhandlungen mit der Regierung

Die Besprechungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern, die am gestrigen Freitag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit der Minister Giesberts und v. Kaumer stattfanden, dauerten bis in die späten Nachmittagsstunden an. Reichskanzler Fehrenbach ergriff selbst das Wort und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bestehenden Schwierigkeiten sich auf friedliche Weise lösen lassen würden.

Aus den Darlegungen der Regierungsvorrede ging hervor, daß trotz des Bestrebens der Regierung, die wirtschaftliche Notlage der Beamten zu lindern, soweit die finanzielle Lage des Reiches dies überhaupt zulasse, doch eine Verwirklichung der Wünsche, wie sie von den Beamten ausgesprochen werden, kaum möglich sei. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Eisenbahner bei den ersten Besprechungen im Reichsverkehrsministerium Verpflichtungen eingegangen seien, die man jetzt nicht ohne weiteres umstoßen könne. Das Reich sei auch nicht in der Lage, viel weitergehende finanzielle Zugeständnisse zu machen, vielmehr müsse man den Organisationen entgegenkommen und über einen anderen Verteilungsmodus beraten, der sich nicht nur auf das Ortsklassen-, sondern auch auf das Gehaltsklassensystem stütze.

Es fand dann eine getrennte Besprechung mit den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen statt, an der auch die Minister Giesberts und v. Kaumer teilnahmen, in der man sich eingehend mit der Frage des Preisabbaus beschäftigte. Von den Beamten wurden Klagen darüber geführt, daß namentlich in der Frage der Kartoffelversorgung von der Regierung nicht genügend wirksame Maßnahmen getroffen seien, um die Erzeugerpreise auf dem jetzt gezeigten Niveau zu halten. Ueber diese Fragen soll in weiteren Konferenzen noch Klarheit geschaffen werden. Ferner wurde ein Unterausschuß unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Richter aus dem Reichsverkehrsministerium gebildet, dem auch Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des

Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsrings und der Eisenbahnerorganisationen angehören. Dieser Ausschuß, der bis in die Abendstunden hinein tagte, befaßte sich noch einmal mit den Ergebnissen der gestrigen Besprechung. Das Resultat der ersten Beratung wird am heutigen Sonnabend dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner-Gewerkschaften beschließen, der zu den neuen Vorschlägen der Regierung dann Stellung nehmen wird.

Im großen und ganzen war auf beiden Seiten das Bestreben erkennbar, einen friedlichen Ausgleich zu schaffen. Besonders der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Cohe wies auf die schweren Gefahren hin, welche ein Beamtenstreik für das ganze Staatswesen bedeuten würde. Welche Entscheidungen der Sechzehnerausschuß fällen wird, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß auch unter den Eisenbahnbeamten jetzt eine ruhigere Auffassung Platz zu greifen scheint. Wie wir hören, sind die beiden bisherigen Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten im Sechzehnerausschuß aus dieser Körperschaft ausgeschieden, da sie die veränderte Haltung des Ausschusses nach den ersten bindenden Besprechungen im Reichsverkehrsministerium nicht glauben mitmachen zu können.

Wir geben diese Darstellung nach den Mitteilungen eines Berliner Lokalkorrespondenz. Sollte der Austritt der beiden Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten wirklich erfolgt sein, so wäre das der erste Bruch der Einheitsfront der Eisenbahnarbeiter und Beamten, der nicht schwer genug verurteilt werden könnte.

Den sonstigen Inhalt der Darstellung, die anscheinend offiziös inspiriert ist, wird man mit einiger Vorsicht genießen müssen. Ein Urteil über die Lage ist erst möglich, wenn der Sechzehnerausschuß oder die beteiligten Organisationen selbst über die Verhandlungen berichten.

Peret mit der Bildung des Kabinetts beauftragt

Paris, 14. Januar.

Präsident Millerand hat Raoul Peret ersucht, das neue Kabinett zu bilden. Peret hat im Prinzip angenommen. Er wird sich mit den Persönlichkeiten, deren Beteiligung bei der Bildung des Kabinetts notwendig wäre, beraten und um 8 Uhr abends seine endgültige Antwort geben.

Das „Abendblatt“ meldet dazu noch weiter: Raoul Peret begab sich um 4 Uhr nachmittags ins Elysée zu Millerand. Beim Verlassen des Elysées erklärte Peret: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen will ich nur ein großes Ministerium der nationalen Einigung bilden. Dadurch ziehen sich die Besprechungen in die Länge. Sie werden heute abend und morgen früh fortgesetzt werden.

Die Auflösung der C. G. T.

Die C. G. T. veröffentlicht eine Kundgebung, in der sie gegen das Urteil, das ihre Auflösung verfügt, protestiert. Sie erklärt, die Arbeiter würden nicht dulden, daß die Arbeiterbewegung unterdrückt würde.

Auch der der alten sozialistischen Partei angehörende Ausschuß der sozialistischen Partei der Seine hat gegen die Auflösung protestiert und die parlamentarische Gruppe beauftragt, die neue Regierung über diese Frage zu interpellieren. Ebenfalls hat der leitende Ausschuß der sozialistischen Partei (Kommunisten) gegen die Auflösung der C. G. T. einen Protest veröffentlicht.

Die Presse nimmt im allgemeinen die durch das Urteil geschaffene Lage gar nicht so tragisch. „Echo de Paris“ meint, daß es sich vor allem um ein prinzipielles Urteil handle. Man solle sich aber keine falsche Vorstellung von den praktischen Folgen dieser Entscheidung machen. Immerhin bedeute sie einen ernstlichen Schlag für die Moral der Rechtsprechung.

Die Moskauer Ausschlußpraxis

M. Kom, 14. Januar.

Das Exekutivkomitee der dritten Internationale hat die Ausschließung Turatis, Treves und Serratis aus der italienischen sozialistischen Partei beschlossen.

Die Abrüstungskomödie

In Genf hat man sich über die Abrüstung unterhalten, allerdings ohne praktisches Resultat. Die praktischen Resultate haben nämlich ein ganz anderes Gesicht. Ähnlich wie Amerika, das keine Flotte in einem Ausmaß auftrübt, daß sie der englischen in kurzem Zeitraum überlegen sein wird, geht auch Japan mit Kolddampf an die Vergrößerung seiner Land- und Seemacht. Nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio hat die japanische Regierung ihr Marinebudget für das kommende Jahr um 150 Millionen Yen erhöht, wodurch es die enorme Höhe von 500 Millionen Yen erreicht. Das Heeresbudget wurde um 15 Millionen Yen erhöht. Diese Erhöhungen sind für bereits in Ausführung begriffene Pläne und für neue Projekte bestimmt. Zwar brauchte die ganze Welt nötiger den Bau von Panzerschiffen, denn die Schiffsraumot ist ein sehr starker Faktor in dem allgemeinen Notzustand, der die kapitalistischen Länder beherrscht. Aber was schiert das den Imperialismus? Dessen Ziele gehen über Gesundheit und Leben der Menschen. Es bleibt dabei, Imperialismus und Abrüstung meiden sich wie Feuer und Wasser.

Richtigstellung

In Nr. 838 brachten wir einen Artikel über den Umfang der Bewaffnung der Arbeiterschaft in Bayern während der Räteregierung. Dazu schreibt uns Herr Edemann aus Augsburg, es sei nicht wahr, daß er am 14. oder 15. April 1919 aus den Augsburger Waffendepots einige tausend Gewehre an die Regierungstruppen des Lagers Lechfeld ausgeliefert habe. Bis zum 19. April seien im Lager Lechfeld überhaupt keine Regierungstruppen gewesen. Während seiner Tätigkeit als Stadtkommandant von Augsburg seien Waffen aus dem Artilleriedepot Augsburg nur für die Augsburger Schutzwehr, für den Arbeiterrat Rempten und für Augsburger Schutzmaßnahmen abgegeben worden, aber kein einziges Gewehr für Regierungstruppen. Wir nehmen diese Richtigstellung gern zur Kenntnis. Sie schwächt in keiner Weise die Behauptung ab, daß die bayerische Arbeiterschaft — entgegen den Bühen des Herrn v. Kahr — völlig entwaffnet ist. Nur darauf kam es uns an!

zung dazwischen, die ihre vornehmste Aufgabe darin zu erblicken scheinen, die Beziehungen zur Sowjet-Regierung durch Repressalien gegen ihre Vertreter zu verschlechtern.

Was das Vorgehen der Regierung gegen Professor Feodorow und Morossanow zu einer besonderen Dummheit stempelt, ist die Tatsache, daß gerade die amtlichen Vertreter der Sowjet-Regierung in der Frage der Einwanderung deutscher Arbeiter in Rußland sich stets auf den Standpunkt gestellt haben, daß diese Frage nach sorgfältiger Prüfung der einschlägigen Verhältnisse und nach vorheriger beiderseitiger Verständigung geregelt werden müsse. Es geht deshalb absolut nicht an, sich zur Begründung der neuesten Repressivmaßnahmen auf die schlechten Erfahrungen der ersten Auswanderertransporte aus Deutschland zu berufen. Gerade zur Vermeidung einer „wilden“ Auswanderung und ihrer ungünstigen Folgen ist es notwendig, daß mit den amtlichen Vertretern der Sowjet-Regierung verhandelt wird. Die Regierung wird deshalb gut tun, ihren Fehler zu korrigieren und die Politik des Einschlagens der Fensterscheiben, die sie anscheinend als heiliges Erbe des alten Regimes hütet, künftig zu unterlassen.

Die Sorgen der Regierungsparteien

Wie WTB. meldet, soll der Versuch gemacht werden, den Streit um die Reichsfarben, der durch die Bestimmung der Verfassung offensichtlich noch nicht beigelegt ist, im Interesse des inneren Friedens und der Geschlossenheit unseres Volkes endgültig aus der Welt zu schaffen. Zu diesem Zweck hat die Deutsche Volkspartei bei den anderen Regierungsparteien angeregt, die Entscheidung der Frage der Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge durch Volkentscheid herbeizuführen. Die anderen Regierungsparteien werden zu dieser Anregung sofort nach dem Zusammentritt ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

Es ist eine Frivolität sondergleichen, in Zeiten der schwersten Krise und der entsetzlichen materiellen Not der weitesten Volkskreise die Offenheit mit solchem Firlefanz zu belästigen. Offenbar beabsichtigt die Deutsche Volkspartei, durch diesen faulen Zauber die Einrichtung des Volkentscheides zu diskreditieren! Ob Zentrum und Demokraten diesem löblischen Unternehmen widerstehen können?

Die Flensburger Erschießung

Der Kommandeur der Schutzpolizei von Flensburg, Major v. Plüskow, der entgegen der Auffassung der Zivilbehörden den Kommunisten Hoffmann verhaften ließ, und damit zum Urheber der blutigen Zusammenstöße geworden ist, ist den „P. B. N.“ zufolge nach Durchführung der Untersuchung endgültig aus der Polizei entlassen worden. Der Oberregierungsrat der Regierung in Kiel, der jenen verlogenen amtlichen Bericht abfaßte, in dem das Verhalten der Flensburger Sipo zu rechtfertigen versucht worden ist, ist strafverurteilt worden.

Es ist wohl selbstverständlich, daß mit diesen Maßnahmen die Akten über die „Erschießung auf der Flucht“ nicht geschlossen sein können. Wir nehmen an, daß die Untersuchung weitergeht und die Täter alsbald ermittelt und der Bestrafung zugeführt werden. Die Entlassung der beiden Beamten bestätigt, daß ihre Darstellung erlogen gewesen ist. Senering selbst hat aber ausdrücklich festgestellt, daß Hoffmann gefesselt war. Der Fluchtversuch war also natürlich ein Märchen. Dann aber muß der Mord seine Sühne finden!

Sturz der Reaktion in Mecklenburg

Schwerin, 14. Januar.

Bei der heutigen Wahl eines Ministerpräsidenten im mecklenburg-schwerinschen Landtage wurden 62 Stimmzettel, davon drei unbeschriebene, abgegeben. Von den abgegebenen Stimmen fielen 31 der Sozialdemokraten und Demokraten auf den früheren mecklenburgischen Staatsminister des Innern Stelling (Soz.) und 23 der Deutschen Volkspartei, des Wirtschaftsbundes und der Deutsch-Nationalen auf den bisherigen Ministerpräsidenten Professor Dr. Reinde-Bloch (Deutsche Volkspartei). Staatsminister Stelling nahm die Wahl an. Die Wahl der übrigen vier Mitglieder des Ministeriums soll am nächsten Mittwoch nachmittag 3 Uhr stattfinden.

Die Betriebsstilllegung bei Loewe

Ein Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses

Die Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte beim Schlichtungsausschuss Klage wegen unberechtigter Betriebsstilllegung der Firma Loewe erhoben. Unter der Leitung des unparteiischen Vorsitzenden Stadtrat Simonohn fand gestern die Verhandlung im Gebäude des Reichsarbeitsministeriums in der Schornhorststraße statt.

Vor Eintritt in die Verhandlung legte der Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Rechtsanwalt Oppenheimer, aus formalen Gründen Protest gegen die Verhandlung mit dem unparteiischen Vorsitzenden ein. Nach längerer Verhandlung darüber zog sich der Schlichtungsausschuss ohne den unparteiischen Vorsitzenden zur Beratung zurück. Er verhandelte nach kurzer Verhandlung den einstimmig gefassten Beschluss, daß unter dem Vorsitz des unparteiischen Vorsitzenden sofort in die Verhandlungen einzutreten ist.

Zur Begründung des gestellten Antrages schilderte der Obmann des Betriebsrats der Firma Loewe, Mehlhose, eingehend den zur Verhandlung stehenden Streitfall. Er kam zu dem Schluss, daß der Betrieb der Firma Loewe von der Direktion un- berechtigt geschlossen worden sei. Dagegen fasste der Vertreter der Firma, Justizrat Waldschmidt, seine gegenteilige Meinung dahin zusammen, daß durch das Verhalten der Kurzarbeiter die Sicherheit des Betriebes nicht mehr gewährleistet wäre. Es sei deshalb keine un- berechtigte Betriebsstilllegung, sondern eine wirtschaftliche Kampfmaßnahme der Firma.

Der Vertreter der Metallarbeiterorganisation, Zimmermann, hob hervor, daß es der Firma darauf angekommen sei, zu provozieren. Sie habe auch die Bestimmungen des Betriebsvertrages außer acht gelassen, indem sie die Betriebsstilllegung angeordnet habe, ohne den vorgeschriebenen Verhandlungsweg innezuhalten. Selbst der Betriebsrat ist von der beabsichtigten Betriebsstilllegung nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Nach mehrstündiger Verhandlung zog sich der Schlichtungsausschuss zur Beratung zurück. Gegen 4 Uhr nachmittags verhandelte der Vorsitzende folgenden Vergleichsvorschlag:

„Der Betriebsrat hätte auf die sachlichen Vorschläge der Direktion betr. Behandlung der Kurzarbeiter der Direktion von der Stellungnahme der Arbeitnehmer Kenntnis geben und wenn weitere Verhandlungen zu einer Einigung nicht geführt hätten, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeiführen müssen. Das ist nicht geschehen. Da die Ordnung in den Betrieben im Gegenteil aufs schwerste beeinträchtigt war, konnte die Direktion sich zur Stilllegung des Betriebes als berechtigt ansehen.“

Dahine eine Entscheidung darüber zu fällen, empfiehlt der Schlichtungsausschuss, in Anbetracht der augenblicklichen Notlage der Kurzarbeiter der Firma, den Betrieb unter den gleichen Verhältnissen wie vor seiner Schließung innerhalb zwei Wochen wiederherzustellen. Die Arbeiter, die sich schwere Ordnungswidrigkeiten haben zuschulden kommen lassen, brauchen nicht wieder eingestellt werden. In einzelnen Streitfällen entscheidet der Schlichtungsausschuss.

Erwägungen über Annahme oder Ablehnung haben bis Dienstag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, zu erfolgen. Wenn nicht, gilt der Vorschlag als angenommen.“

Nach Mitteilung des Vorsitzenden ist dieser Vergleichsvorschlag einstimmig beschlossen worden.

Die Stellungnahme der Belegschaft

In einer sehr stark besuchten Betriebsversammlung berichtete der Obmann des Betriebsrats des Loewekonzerns, Mehlhose, über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Er betonte, daß der Vertreter der Firma, Justizrat Waldschmidt, deutlich erklärt hat, daß die Stilllegung des Betriebes notwendig war, um bei der Wiedereröffnung die radikalen Elemente nicht wieder einzustellen. Auch habe dieser Herr erklärt, daß die Firma im besten Falle nur 75-80 Prozent der Belegschaft einstellen werde und dann nur Vollarbeiter. Diese Mitteilungen lösten in der Versammlung große Empörung aus. Nach Bekanntgabe des oben mitgeteilten Vergleichsvorschlages des Schlichtungsausschusses erklärte der Obmann unter allgemeiner Zustimmung der Versammelten, daß wohl kein Loewe- arbeiter unter diesen Umständen bereit sein werde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Unternehmer wollen einen Machtkampf führen; der Kampf bei Loewe sei deshalb zu einer Angelegenheit des gesamten Proletariats geworden.

In der Diskussion wurde die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von einem Mitgliede der Betriebs-Organisation heftig angegriffen. Paul Neumann erklärte, daß er bei seiner Partei (D. A. B. D.) gegen den Vorschlag des Schlichtungsausschusses, Zippel, ein Verfahren einleiten werde, weil er als Mitglied der D. A. B. D. für diesen Vergleichsvorschlag gestimmt habe. Neumann brachte dann einen Antrag ein, in welchem die Ortsverwaltung des D. A. B. D. beauftragt wird, zu veranlassen, daß am kommenden Sonntag eine Sitzung der Obleute der Betriebsräte von Groß-Berlin stattfindet, zu der auch Vertreter der politischen Parteien und der Betriebsräte eingeladen werden sollen.

Der Verbandsvertreter Zimmermann gab die Erklärung ab, daß die mittlere Ortsverwaltung sich in ihrer Sitzung am Freitagabend mit der Angelegenheit eingehend befassen werde. Simenhal von der engeren Ortsverwaltung gab ab verschiedene Anträge die Erklärung ab, daß er für seine Verlor- denem Vergleichsvorschlag nicht zustimmen könne. Er werde sich in der Verwaltung dafür einsetzen, daß eine Befragung der Obleute der Betriebsräte stattfindet. Der Antrag Neumann wurde einstimmig angenommen.

Die nächste Belegschaftsversammlung der Firma Löwe findet am Montag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, im Stadttheater Roabit, Alt-Roabit 49, statt.

Aus dem Hauptauschuss

Am Freitag wurde im Hauptauschuss weiter Kulturpolitik getrieben. Beim Etat „Schaffung von Mitteln zur Beseitigung des Reichsverschuldungsabwands an Schuldenlasten“ erheben Rumms (D. A. B. D.) und Oberling (D. A. B. D.) Einspruch gegen ein Wortwort, daß die Regierung vom Staatssekretär Preuß ver- fassen ließ. Die Vertreter des Zentrums und der Rechtssozialisten verurteilten die Regierung. Genosse Löwenstein: Wir haben keinen Grund, die Verfassung zu verteidigen. Da die Einleitung über antimonarchisch gehalten ist, bedeutet sie ein kleines Segenswort gegen den monarchischen Willen, der noch in unseren Schulen vorherrschend ist. Die Einleitung ist allerdings zu langweilig gehalten und für Kinder ungeeignet. Man hätte einen Pädagogen mit der Abfassung beauftragen sollen. Auch der geschmacklose Adler auf dem Umschlag muß verschwinden, wenn- gleich dieses Raubtier ein sinnvolles Symbol unseres Republi- kismus ist.

Beim Etat „Kadettenanstalten“ beantragt der Vertreter des Zentrums Abbau der Kadettenanstalten. Genosse Löwenstein beantragt einen Unteransatz, der das Verhalten der Reichsregierung in dieser Frage zu prüfen habe. Er schildert ausführlich die Mängel, die auf diesem Gebiete herrschen und die Schwächlichkeit, die die Reichsregierung gegenüber dem nationalsozialistisch-monarchistischen Treiben beweisen habe. Der monarchistische und reaktionäre Charakter dieser nunmehr staats- liche Bildungsanstalten genannten Institute zeige sich:

In der Zusammenkunft der Jülinge, die zu 90 Prozent aus ehemaligen Kadetten bestehen, der Leiter, die durchweg ehemalige reaktionäre Offiziere sind, der Oberinspektoren, die ebenfalls höhere Offiziere sind.

In der Anstalt werde nach wie vor nach den chauvinistischen und monarchistischen Lehrbüchern unterrichtet. In Verbindung

mit offiziellen Regierungskreisen und durch ausdrückliche Unter- stützung aus monarchistischen Kreisen seien Willkür- stiftungen für die Kadettenanstalten geschaffen worden, und als Erziehungsanstalten sind ausschließlich monarchistisch gefärbte Offizierskandidaten ohne Nachprüfung ihrer pädagogischen Qualitäten in die Kadettenanstalten gebracht worden.

Staatssekretär Scholz bestritt einen Teil der Angaben und verhängte sich in der Hauptsache hinter die Landesregierung.

Der Antrag Löwenstein wird von allen, außer unieren unabhän- gigen Genossen, abgelehnt; auch von den Rechts- sozialisten. Es wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die ehemaligen Kadetten- und Unteroffizierskandidaten in all- gemeine Erziehungsanstalten umgewandelt werden sollen.

Preussische Landesversammlung

Zum Kultusetat sprachen von unserer Fraktion am Don- nerstag abend noch die Genossen Dr. Wepl und Lichtenstein. Genosse Wepl nagelte die Ueberhaltung der Verantwor- tung und die Beschränkung der Redezeit auf eine Viertelstunde als Dohn auf den Parlamentarismus fest. Eine solche Behandlung mache eine gründliche Beratung unmöglich und daher müsse er sich auch nur mit einigen Schlaglichtern begnügen. Das sei allerdings bei der Haltung des Kultusministeriums leicht. Sie könne nur als Liebedienerei gegen das Zentrum und die Rechte bezeichnet werden. Die Anerkennung, die die Geschäftsführung des Ministers von jener Seite gefunden habe, solle den Ministern aber darüber nicht täuschen, daß er bei einer anderen Zusammen- legung des kommenden Landtages doch einen Trill von dort erhalte. Damit würde leider der Schaden, den der Minister Haenisch durch seine Halslosigkeit nach rechts angerichtet hat, nicht gut gemacht. Die Herabsetzung der studentischen Jugend der be- züglichen Kreise habe unheimliche Formen angenommen. Die Bolschewik-Rennzeichnung der Studenten als „Leib- wache der Hohenzollern“ treffe auch heute noch zu. Die Leibwache sei gebildet, wenn auch die Hohenzollern geflohen seien. Die Kadettenanstalt Lichterfelde sollte zu einem modernen Schulinstitut gemacht werden. Es ist eine „Strammknecht-Schule“ geworden. Die kapitalistische Gelehrung wird in den Studenten planmäßig gelehrt. Unser Redner streift dann die Unterdrückung des Schauspiels „Reigen“, die recht bedenklich nach Jenzur aussehe. Wenn Haenisch nicht einmal so- viel Gewalt über seine Geheimräte habe, um beratendes zu ver- hüten, sei das bedauerlich. Darum seien unsere Hoffnungen auf eine Reformierung unseres Universitätswesens durch Haenisch sehr gering, obgleich sie dringend notwendig sei. Vor allen Dingen müsse der Fakultätenzopf abgeschritten werden. Der große Sozialist Ferdinand Vallée habe seine Bildungsideal in die Worte gefaßt:

Arbeit und Wissenschaft sind eins.

Dieses Wort ist für uns die Grundlage unserer Stellung zur Volksschule, zur Kunst und Wissenschaft.

Minister Haenisch gab sich in einer längeren Rede große Mühe, die von unserem Redner gegen den Kultusminister gerichteten Anklagen zu entkräften, allerdings ohne großen Erfolg. Auch die Aufzählung aller der Fortschritte, die Herr Haenisch in seinem Ministerium erzielt haben will, konnte selbst bei seinen eigenen Parteifreunden keine lebhaftige Zustimmung auslösen.

Genosse Lichtenstein hielt den bürgerlichen Parteien ihre Heude- lei und Verantwortungslosigkeit vor. Obwohl sie von den Dingen keine blasse Ahnung und nicht einen Bericht darüber geleitet haben, wenn in diesem Hause über die Verdienste der Sowjet- republik um das russische Schulwesen gesprochen wurde, erzählen sie aber immer der Jugend von dem Verdienste der Hohenzollern und dem alten Regime über die preussische Volksschule. Er widerlegt dann die Behauptung des Ministers, daß die U. S. V. mit Schuld tragen, wenn nicht mehr erzielt worden sei. Die wirkliche Schuld liege nicht nur an der Gebundenheit der Koalition, sondern auch

an der minderen Energie des Ministers.

Genosse Lichtenstein ging dann noch einmal auf die Kadetten- anstalt Lichterfelde ein, die dem Staate Millionen koste und sich gerade zu einer Bräuterei der Reaktion ausgewachsen habe. Haenisch habe, anstatt energisch durchzugreifen, wieder vor der Reaktion die Flucht ergriffen. — Herr Burg, Direktor der Fürstin-Bismarck-Schule, ist noch immer nicht vom Amt suspen- diert, obwohl der Minister ausdrücklich im Ausschuss das Treiben dieses Exzentrationsars misbilligt habe. Im Falle Nicola habe der Minister auf die Beschuldigungen, daß ein Duzend Professoren der Berliner Universität gelogen und gefälscht hätten, geschwiegen. Unser Parteigenosse, Oberlehrer Dr. Müller von Adlershof, wartet noch immer auf seine Bestätigung, obwohl bis auf ein militärisches Vergehen, das man ihm zum Vorwurf macht, nichts gegen ihn vorliegt. Als dann Genosse Lichtenstein darauf hin- weist, daß durch das Urteil des Marburger Schwurgerichts nicht die Unschuld der Marburger Studenten erwiesen sei, daß das Ur- teil vielmehr nur einen neuen Beweis dafür abgibt, daß unsere Rechtspflege in politischen Angelegenheiten nichts als Korruption ist, erhält er von dem rechtssozialistischen Präsidenten Leinert dafür einen Ordnungsruf.

Von der Rechtsprechung, die sich der Donnerstagstagung an- schloß, die teilweise sehr stürmisch war und bis 1 1/2 Uhr nachts dauerte, haben wir schon berichtet.

Abstimmungen — Etatsberatung

Die Sitzung vom Freitag begann ebenfalls wieder unter recht widersprechenden Anzeichen. Nach Erledigung einiger for- maler Angelegenheiten (Ablehnung von Klageanträgen gegen Mitglied des Hauses) wurden eine Reihe namentlicher Abstimmungen vorgenommen. Sie waren auf Veranlassung der Rechtssozialisten notwendig, denen endlich einmal ein Licht aufgegangen zu sein schien, daß sie bei ihrer Nachgiebigkeit an die Rechte nur dupieren werden. Sie verlangten auf alle die Aus- tritte hin, die sie sich von der Rechten und dem Zentrum in den letzten Tagen holten, daß über die endgültige Gestaltung der Ge- hälter der Bischöfe und Geistlichen namentlich abgestimmt werden sollte. Bei der Abstimmung übte — nach dem Vorbild der Rechten und des Zentrums — jetzt die gesamte Linke Abstinenz, so daß nach jeder der sechs bis sieben Abstimmungen die Beschluß- unfähigkeit des Hauses festgestellt werden mußte, ebensooft wurde eine neue Sitzung „auf sofort“ anberaumt und so lief der klapprige Parlamentarismus weiter.

Zu großen Debatten kam es bei der

dritten Beratung des Etats.

Eine Serie Redner mit je dreiviertel Stunde Redezeit konnte nochmals Stellung nehmen zur Gesamtpolitik in Preußen und im Reich. Hellmann von den Rechtssozialisten war der erste. Er hielt eine Wählrede großen Stils, eine Wählrede, die auf Wir- tung nach dem demokratischen Bürgertum hin berechnet war. Hellmann wiederholte nochmals die Versicherung, daß bis Sozial- demokraten im Kriege treu zu ihrem Vaterlande gestanden hätten, daß sie die Revolution nicht gemacht hätten und machte die große Entdeckung, daß die im Geiste des Philosophen Kant sich bewegen- den Gelehrten jetzt Mittelalter der S. P. D. seien. Dieses Zeichen der Verbürgerlichung der Ideologie der S. P. D. scheint Herrn Hellmann besonders zu freuen. Gute Parolen bot seine Rede in der Kritik an dem Hause Hohenzollern. Hier sagte er der Rechten der Wahrheit und seine Freunde, bis um das Redner- pult herumstanden, machten sich das Vergnügen, den Jural: den jetzigen deutschnationalen Wahrenbräuer als den Querschnitt solcher auf diesem Gebiete hinzustellen. Herr Hellmann schloß seine Rede mit dem währigen Volensnis zur Demokratie — an erster Stelle natürlich — und dann Sozialismus.

Aus den Reden der bürgerlichen Parteien seien noch die Aus- führungen Grossowos erwähnt, der behauptete, daß das Zentrum bei der Koalitionspolitik große Opfer gebracht habe. Ob Grossowos das selbst glaubt, wissen wir nicht, von den anderen Parteien aber glaubt es ihm sicher kein Mensch. Der Minister Essering nahm auch noch einmal das Wort, um seine Aus-

führung in das rechte Licht zu setzen. Besonders scharf nahm er gegen die Dreyfus-Strahlung, deren Verbot er

unter allen Umständen aufrecht erhalten und rückwärtslos durchzuführen wolle.

Bei den Unabhängigen und den Kommunisten fanden die Worte Esserings trotz seines eruliten Tones nicht unbedingten Glauben. Die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete sind doch zu bitter. Für unsere Fraktion sprach Genosse Dolar Cohn, dessen Rede wir noch ausführlich bringen werden.

Außerhalb der Tagesordnung gab der Minister Stegerwald eine Erklärung ab, wonach das Hebammengesetz, das durch die Obstruktion der Rechten nicht mehr zustandekam, dem neuen Landtage sofort zur Erledigung übergeben werden solle. Dann erklärte der Minister folgendes: Der Geheimrat Grohne hat vorgestern als Regierungsvertreter hier Ausführungen ge- macht, die von dem Abg. Wepl als Abweichung von der sonst üblichen Form von Regierungserklärungen bezeichnet wurden. Nach Einsicht in das Stenogramm habe ich mich überzeugt, daß in der Tat von Herrn Grohne Bemerkungen gemacht worden sind, die besser unterblieben wären, doch muß ich andererseits bemerken, daß Herr Abg. Wepl dem Herrn Geheimrat Grohne Unrecht getan hat, denn seit 15 Jahren ist in der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern an der Forderung des Hebammenwesens gearbeitet worden unter reger Anteilnahme des Herrn Geheimrats Grohne. Zu dieser Erklärung bemerkt Professor Schömann, daß der Herr Geheimrat Grohne bei seinen Ausführungen Mittelungen aus nichtöffentlichen Ausschussverhandlungen gemacht habe und das sei unangehörig.

In später Abendstunde dauerte die Sitzung noch an.

Die Provinzialautonomie

Ein Geleitwort

Die preussische Regierung veröffentlicht einen Geleit- entwurf über die Erweiterung der Selbständig- keitsrechte der Provinzen. Der Entwurf durch Pro- vincialgesetze sollen danach unterliegen: die Ausführungsbestimmungen zu Staatsgesetzen, das Wegerecht, das Feld- und Forstpolizei- recht, das Recht der land- und forstwirtschaftlichen Interessengemeinschaften, das Erbrecht bürgerlicher Grundstücke, das Recht des Feuerwesens, der Jugendfürsorge, ab- gesehen vom Unterrichtswesen und der Denkmals- und Heimat- pflege.

Als Auftragsangelegenheit wird den Provinzialverbänden übertragen die bisher vom Oberpräsidenten oder vom Regierungs- präsidenten geführte Verwaltung der Angelegenheiten des Klein- bahnwesens, des Wasserregels (einschließlich des gesamten Meliorationswesens), der Baupolizei, des Fluchtlinien- wesens, des Wohnungsgesetzes im Rahmen der Landes- wohnungsgesetzgebung, des Städtewesens, des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, der Arbeitsnachweise, der Berufs- beratung.

Es folgen dann die näheren verwaltungstechnischen Bestimmungen. Der Entwurf weist aber den Provinzen eine ganze Reihe selbständiger Aufgaben zu. Er unterliegt der öffent- lichen Kritik, die noch manches an ihm zu bessern und zu ver- vollkommen haben wird, um dem Gedanken der Selbstverwal- tung auch möglichst breite Auswirkungsmöglichkeit zu geben.

Stinnes kauft Wälder

Stinnes hat mehr als 60 Zeitungen und eine Reihe von Presse- zentralen in seinen Besitz gebracht, um die Republik Deutsch- land in eine Despotie Stinnes zu verwandeln. Nun braucht er auch viel Papier. Um daran seinen Mangel zu leiden, hat er, wie das „Swinemünder Tageblatt“ berichtet, die großen Wal- dungen auf Zingst angekauft. Die Abholungen würden die gesamte Halbinsel, besonders die dortigen Badeorte, auf das schwerste schädigen. Aber wozu soll Stinnes Rücksicht nehmen auf ein paar Badeorte oder gar auf die Schönheit der Natur. Alle seine Pläne sind auf groben Materialismus eingestellt. Er spielt Handball mit: Menschen und Naturkräften, um zum unbeschränkten Herrscher über Deutschland zu werden, und nachdem er sich nun- mehr auch auf die Wälder gestürzt hat, wird er daraus nicht nur die Menschen, sondern auch die Vögel verjagen, wenn es seinen Zwecken gerade dienlich ist.

Der 18. Januar in Braunschweig. In der Landesversam- lung erklärte Minister Dertter auf eine Anfrage, was die Re- gierung zu tun gedenke, um eine würdige Feier des 18. Januar zu gewährleisten, daß sie nichts zu tun gedenke. Auf eine kommunalistische Anfrage erklärte der Minister, daß das Staatsministerium das Landesaulant, das bereits Unterrichts- freiheit verfügt habe, angewiesen habe, den 18. Januar nicht unterrichtsfrei zu lassen und besondere Schul- feiern zu unterlassen, weil Grund zu der Befürchtung vor- handen sei, daß diese Feiern einen unerwünschten Charakter an- nahmen.

Gothein aus Oberschlesien ausgemieien. Der frühere Reichs- schatzminister Gothein, dessen Vorträge zweimal durch die Be- fähigungsbefehle verboten wurden, ist jetzt aus Oberschlesien aus- gemieien worden.

Die Verbilligung der Lebensmittel im Ruhrbergbau. Der Reichsarbeitsminister dementiert das Gerücht, daß am 1. Februar, mit dem Ablauf des Kohlenabkommens von Spaan die Verbilli- gung der Lebensmittel für Bergarbeiter in Fortfall komme. Es soll bei der Reparationskommission darauf hingewirkt werden, daß die bisherigen finanziellen Zurechnungen, insbesondere der Fünftelmarktprämie zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter, unbedingt aufrecht erhalten werden.

Amerikanische Milchläche für Saarbrücken. Das amerikanische Hilfskomitee überwiegt der Stadt Saarbrücken zur besseren Ver- sorgung der minderbemittelten Bevölkerung 38 Milchläche.

Immer noch „Oberster Kriegsrat“. Der Pariser Blättern zu- folge wird die Zusammenlegung des Obersten Kriegsrates im Jahre 1921 unverändert bleiben. Es werden ihm wie bisher Marshall Joffre, Foch, Petain und 12 Divisionsgeneräle angehören. — Trotschew leit einem Jahre formell der Friedens- zustand eingetreten ist, existiert immer noch der „Oberste Kriegs- rat“. Er kündigt sogar sein Fortleben für das laufende Jahr an. Nach allen Erfahrungen sind solche Einrichtungen schneller ge- schaffen als abzuschaffen. Die Militärs haben eben absolet keine Reue, sich als überflüssig zu fühlen. Das haben die Entente- Militärs mit den deutschen gemein.

Das erste deutsche Schiff in Argentinien. Wie der „Chicago Tribune“ aus Buenos Aires gemeldet wird, ist dort als erstes deutsches Schiff seit dem Kriege der Dampfer „Deutschfeld“ eingetroffen.

Wahlniederlage der englischen Koalition. Nach einer Reuter- meldung hat bei der Erziehung in Dover die Koalition eine Niederlage erlitten. Der Kandidat der unabhän- gigen Liberalen (Gruppe Aquith) wurde gegen den Kandi- daten der Koalition gewählt.

Internationaler Kongreß der Seeleute in Brüssel. Der inter- nationale Verband der Seeleute hat für Ende dieses Monats internationale Kongreß nach Brüssel einberufen, um Vorschläge für eine einheitliche Regelung der Löhne und einheitliche Bedingungen für die Seefahrer der ganzen Welt zu beraten. Der englische Seefahrer der ganzen Welt und Seefahrer beschloß eine Abordnung zu diesem Kongreß zu entsenden. Auch die Vertreter der Reder haben eine Einladung erhalten, dem Kongreß beizuwohnen.

Parisen und Sowjetrußland. Nach einer Havasmeldung aus Teheran veröffentlichten die persischen Blätter den Text eines persisch-russischen Abkommens, wonach die Sowjet- regierung alle ihre Vorrechte und Rechte in Persien an die Teheraner Regierung abtritt. Weiter wird die Ankunft eines Vertreters der Sowjetregierung, Radowski, in Teheran gemeldet.

Groß-Berlin

Fahnen heraus zum 18. Januar!

Diese Aufforderung verfaßt die Berliner Korrespondenz eines volksparteilichen Stadtverordneten und die „Deutsche Tageszeitung“, zur Unterstützung aller nationalistischen Propagationen stets gern bereit, drückt sie natürlich ab. Es heißt in dem Aufruf: Zur Feier der Reichsgründung am 18. Januar werden nach einem Erlaß des Unterrichtsministers Haenisch zwar Schulfeiern abgehalten. Der Unterricht fällt jedoch nicht aus und dieser nationale Gedenktag soll auch sonst nach dem Wunsch der jetzigen Machthaber (?) schlicht und still verlaufen wie jeder andere Wochentag. Der Bedeutung des Tages wird ein solcher Verlauf sicher nicht gerecht, und um im deutschen Volke die Erinnerung an den Zusammenschluß zum Deutschen Reich vor 50 Jahren und an die Taten der großen Männer jener Zeit nachhaltiger zu wecken, bedarf es eines äußeren Wahrzeichens, daß der 18. Januar ein nationaler Gedenktag des gesamten Volkes ist (?). Das äußere Wahrzeichen für einen Gedenktag ist die Fahne, und wenn auch „amisch“ nicht gelaggt werden sollte, so kann darum doch öffentlich gelaggt werden. Darum: Fahnen heraus!

Jedesmal, wenn das Berliner Proletariat eine politische Demonstration veranstaltet, fühlt sich das Bürgertum provoziert, und es würde noch viel mehr schreiben, wenn etwa der Todestag Liebknechts oder ein anderer Erinnerungstag der Arbeiterbewegung durch Schulfeiern begangen werden sollte. Da zetert die ganze bürgerliche Presse über politische Beeinflussung der Volksschule. Aber nach der deutschnationalen Ansicht sind die Kinder der Arbeiterschaft; denn um diese handelt es sich in den Volksschulen, gut genug, um zu genau so politischen nationalistischen Demonstrationen mißbraucht zu werden. Aber mit diesem Verlangen nicht genug; es sollen auch noch die Fahnen herausgehängt werden!

Da wird man in Berlin recht interessante Studien machen können; die nationalen Herrschaffen werden natürlich nicht daran denken, mit der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Reichsfahne zu

flagen, sondern wird mit den Farben des kaiserlichen Deutschland, also zugleich gegen die Verfassung demonstrieren.

Proletarische Feiertunden

Sonntag, den 16. Januar, normittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und der vielen anderen Revolutionsooper zum Gedenken.

Erstaufführung der Dichtung von Bruno Schönlanck „Erlösung“. Es wirken mit: Margarete Weißhauer, Hans Siemen — Rezitation, Artur Crispian — Ansprache, Sidon Biben — Gesang, Alfred Wittenberg — Violine, Konrad Löwe — Orgel, der Sprechchor, Männerchöre: „Neu Erwacht“, „Wedding“, „Freiheit, Cöpenick“. Eintrittskarten 3 M. sind in den bekannten Stellen und am Sonntag im Theater zu haben.

Funktionäre, die noch unverkaufte Karten zum 18. Januar haben, sollen sie sofort, spätestens Sonntag früh, zurückgeben.

Die Organisation der Zentral-Garten- und Friedhofsverwaltung

Die Abteilung Park- und Friedhofsangelegenheiten der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen hat für die Neuorganisation des Park- und Bestattungswesens beschloffen: Das gesamte Park- und Gartenwesen sowie die Friedhöfe- und Feuerbestattungsangelegenheit wird künftig die „Zentral-Garten- und Friedhofsverwaltung“ verwalten. Der Vorsitzende ist ein Magistratsmitglied, technischer Leiter ist der Zentralparkdirektor. Soweit die Angelegenheiten nicht gemeinsam zu verwalten sind, ist das Zentralgartenamt und das Zentralbestattungsamt zuständig. Ersteres hat aufzustellen: Allgemeine Richtlinien für Anlage und Unterhaltung aller öffentlichen Anlagen und gärtnerischen Anlagen (Parks, Baumschulen, Friedhöfe, Spiel- und Sportflächen, soweit sie nicht dem Jugendamt unterstehen), ferner für die Aufsicht über die Bewirtschaftung der Gärten, Baum- und Schulgärten. Die Bewirtschaftung verbleibt den Bezirksgartenämtern, es hat ferner die Aufsicht über alle Parkanlagen der gesamten Stadtgemeinde; ferner liegt ihm ob die Genehmigung der von den Bezirksämtern einzureichenden Entwürfe neuer Anlagen, sowie wesentlicher Veränderungen bestehender Anlagen unter Hinzuziehung der Bezirksgartenamtsvorsteher und die Beschaffung gärtnerischer Bedarfsartikel, der Gesamtheit usw. Dem Zentralgartenamt steht zur Seite ein Gartenbeirat. Auf jedem Bezirksamt wird ein Gartenamt gebildet. Die Bezirks-

gartenämter haben Entwürfe auszuarbeiten, die Anzuchtstätten ihres Bezirks zu bewirtschaften und zu verwalten, die Arbeiter einzustellen, zu lohnen und zu entlassen, die Bezirkshaushaltspläne aufzustellen und die örtlichen Geschäfte zu führen. Das Zentral-Bestattungsamt verwalte die Friedhofsanlagen, die Arbeiterangelegenheiten und Personalien der Friedhofsverwaltung, die Annahme der Meldungen für Feuerbestattung, das Friedhofs- und Gebührenordnungswesen, den Gesamtetat usw. Bei den Bezirksämtern wird ein Bestattungsamt gebildet, welches dem Gartenamt angegliedert wird und die örtliche Bewirtschaftung der Friedhöfe- und Bestattungseinrichtungen nach den von der zentralen Verwaltung gebildeten Richtlinien ausübt. Außerdem gehört zu seinen Geschäften die Einstellung, Löhnung und Entlassung der Arbeiter, die Bewirtschaftung der Friedhöfe, Annahme der Anmeldungen zur Feuerbestattung, der Betrieb der Feuerbestattung, der örtliche Geschäftsverkehr.

Notstandsarbeiter im Straßenreinigungsbetrieb

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit sind auch im Straßenreinigungsbetrieb Notstandsarbeiten aufgenommen, für die der Finanzverwaltungsmitteln Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde in Aussicht gestellt hat. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits für 15 elektrische Straßenwagen mit dreifach elektrischen Batterien und deren Einbau in fünfzehn hierfür umzubauende Sprengwagen 1 320 000 M. bewilligt. Nunmehr sollen folgende Arbeiten vergeben werden: Schaffung von Unterkunftsräumen für elektrische Wagen, Einrichtung vier großer elektrischer Ladestationen und einer kleinen Station, bauliche Einrichtungen für Unterbringung vieler elektrischer Wagen, Unterkunftsräumen und Wohnfahrzeuginrichtungen hygienischer Art. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage auf Bewilligung von 1 639 500 M. zugehen lassen.

Freigabe von Brennmaterial für Zentralheizungen. Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Vom 15. Januar 1921 ab werden für das Gebiet des früheren Kohlenverbandes Groß-Berlin zur Belieferung neu freigegeben: Auf „Kohlenbescheinigung für Ofenbrand“ (Kohle Bezugschein) 1. für die im § 59 der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin vom 6. März 1919 genannten Verbraucher mit Ausnahme der Kirchen, Kapellen und Synagogen weitere 20 vom Hundert, insgesamt also 80 v. H. der im Bezugschein festgesetzten Menge; 2. für Kirchen, Kapellen und Synagogen erfolgt keine



Ismer
Inventur

Ohnüberwindung

hat soeben begonnen. Wir räumen Einzelpaare und Restbestände zu spottbilligen Preisen. Die Auswahl ist natürlich in den ersten Tagen am grössten

Schuhfabrikon
Tack

& Co. AG
Burg
b. Magdeburg

124 Verkaufsstellen im Reiche

- SW, Friedrichstr. 240/41
- W, Potsdamer Strasse 50
- W, Schillstrasse 16
- NW, Beusselstrasse 29
- NW, Turmstrasse 41
- NW, Wilsnacker Str. 22
- N, Brunnenstrasse 37
- N, Danziger Strasse 1
- N, Friedrichstrasse 130
- N, Mälerstrasse 3
- O, Andreasstrasse 50
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstrasse 2a
- SO, Wrangelstrasse 49
- C, Spittelmarkt 15
- „Rosenthaler Strasse“ 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23 / Potsdam
- Brandenburger Strasse 54

Ismer

Erzählung von Julius Wevin

(Schl.)
Sobald der Ringbahnzug eingelaufen war, stellte es Emilie so an, daß Ismer zuerst einstieg, und nach ihm einige andere Leute. Da die Zeit drängte und Ismer, dem das Aussteigen schwer gefallen war, ihr zurief, sich zu beeilen, sagte sie: „Ich komme ja.“
Aber ehe er sich dessen versehen hatte, schlug sie die Tür des Abteils zu, nahm einen Anlauf, raste durch die Sperre hindurch und war verschwunden, ehe der Beamte ihr folgen konnte. Als Ismer, der einen angetrunkenen Eindruck machte, sich aus dem in Bewegung geratenen Zuge hinausschwingen wollte, wurde er von den Reisenden daran verhindert.
„Sie wollen sich wohl mit Gewalt bei Genick brechen. Sie, Herr Vaterlandsverteidiger?“ fragte ihn ein gemütlicher Berliner, der besonders fest zugefaßt hatte.
Auf der nächsten Station sprang Ismer hinaus, um auf den Gegenzug nach Treptow zu warten. Er fuhr dorthin und fand den Bahnhof voller Menschen. Wie ein verlassenes Tier lief er hin und her, bedacht alle, um vielleicht doch Emilie zu finden, oder seinen Namen zu hören. Er stellte sich an der Sperre auf, wo er gerade vernahm, wie der eine Beamte von dem Ausbruche Emilies einem eben hinzugekommenen neuen Aufseher erzählte und ihn zur Vorsicht mahnte.
Ismer glaubte nun nicht mehr, daß Emilie zurückkommen würde. So fuhr er denn so schnell wie möglich nach Bahnhof Börse und stellte sich auf dem Steige hin, wie wenn er auf Späherposten sich belunden hätte.
Die Züge kamen und gingen. Aus keinem stieg Emilie aus. Als Ismer glaubte, der Betrieb werde bald sein Ende erreicht haben, fragte er, um sein Gewissen zu beruhigen, ob noch ein Zug von Treptow käme.
„Den werden Sie wohl nicht abwarten können, Herr Kamerad!“ sagte der Bahnbeamte gemütlich. „Der kommt erst morgen früh!“
Der Bahnschaffner schob ein großes Wasserfaß heran, das auf hohen Rädern lief, und schöpfte mit einer Gießkanne, die er mit dem Zusage: „Vorsetzen“ aus dem Boden ausgoß, sorgsam, wie über ein Rosenbeet, und nur von der Eine Bogenlampe nach der andern erlösch, und nur von der Straße her verlor sich noch der Lichtschein über die Schienenstränge hin. „Sie müssen jetzt gehen, Herr Kamerad!“ sagte der Bahnaufseher schonend zu Ismer.
Der schob sich langsam durch die Sperre durch und gab zum Erstaunen des Beamten drei Karten ab.

Dann ging er unter der Bahnüberführung hin, über den Monbijouplatz weg in die Oranienburger Straße, die er absuchte, die aber leer blieb, wie die Krausniedstraße, in die er bald einbog.
Lange stand er mit sich beratend, ob er weiter oder nach Hause gehen sollte.
Endlich schloß er mit befehlender Bewegung die Haustür auf und stieg zu seiner Wohnung hinan.
Dort angekommen, machte er kein Licht, um sich nicht zu verraten, und Emilie nicht abzuschrecken, falls sie doch heimkehren wollte. Er setzte sich an das Fenster, durch das keine Frau sich einmal hatte stürzen wollen, und plötzlich nahm er sich vor, sich selbst daraus zu stürzen, wenn sie nicht käme.
So saß er eine Stunde, die Augen weit aufgerissen, von Kälte geschüttelt.
Und Emilie kam nicht. Er aber wollte warten.
Nach einer Stunde indes begann er müde zu werden und fiel, auf dem Stuhle sitzend, in so festen Schlaf, daß er erst erwachte, als ihm die heiße Morgensonne auf die Wangen brannte.
Die Vorahnung, sich aus dem Fenster zu stürzen, verwarf er jetzt als blödsinnig und lockte sich zunächst einmal Kaffee, den er schnell heruntertrank. Dann wusch er sich und ging mit sich aufs neue zu Kate.
Daß Emilie nicht mehr wiedertreten würde, war für ihn sicher. Wenigstens nicht so lange, als er da war.
Was sollte er jetzt machen?
Warten? Und dann, wenn er austrücken mußte, abschließen?
Dann würde Emilie kommen und ausschließen und „a einnisten und natürlich ihr neues Verhältnis mitbringen!“
„Ne!“ sagte Ismer zu sich selbst, „so schießen die Preußen nicht!“
Aber er mußte noch nicht, wie er es anfangen sollte, um die beschränkte Rückkehr Emilies nach seinem Fortgange zu verhindern. Ausstrücken mußte er ja auf Tag und Stunde. Das wollte er, und nicht nur er. Emilie mußte es auch.
Er sann hin und her, ja, einmal wollte er schon alles zerbrechen und verbrennen.
Da, mit einem Male, fiel ihm Marie ein, Marie, die ihn liebte, die ganz verrückt in ihn war.
Die konnte ihm helfen! Die mußte ihm helfen!
Schnell wie der Wind sprang er zum nächsten Eisenkrämer, kaufte eine Halbe und ein Vorlegeschloß, befestigte es an der Korridorüre, sperrie es zu und ging zu Marie nach der Artilleriestraße.
Er fand Marie plättend in der Stube hinter dem Laden, in dem die Drehrolle feste arbeitete.

Marie fiel beinahe in Ohnmacht, als sie Ismer sah, und ziemlich hochstäblig, als er ihr nach kürzesten Begrüßungen sagte: „Marie, du mußt mer hundert Markter pumpen!“
„Wozu?“
Er erzählte kurz, was vorgefallen war, und sagte, er wolle nunmehr mit Emilie „Schluß machen“. Die hundert Mark brauchte er, um die Wohnung zu bezahlen, die er zum nächsten Quartale kündigen würde. Wenn Marie wollte, konnte sie für das Geld das schöne Spindel, den Spiegel und den Vertiko nehmen. Die andern Sachen wollte er verkaufen, das Geld auf die Bank legen, für die Zeit nach dem Kriege, wenn es ihm beschieden wäre, lebendig zurückzukommen.
Sobald Marie von dem Spindel, dem Spiegel und gar dem Vertiko hörte, um deren Besitz willen allein sie Emilie haßte, war sie Feuer und Flamme für den Gedanken.
„Wenn du irgend nicht weest, wo du jetzt bleiben sollst, dann laß der keine grauen Haare wachsen!“ sagte Marie mütterlich gütig. „Mein Oller is weg, Platz haste hier, un'n Sappenpappen siebt et ooch.“
Es dauerte nicht zwei Stunden, und Ismer hatte die Wohnung gekündigt und bezahlt. Dann hatte er mit Hilfe zweier heurauter Kameraden, die in einer Aneipe in der Artilleriestraße saßen, die Marie versprochenen Sachen ausgeräumt und einen Tröbler aus der Großen Hamburger Straße herbeigerufen, der den ganzen „Kitt“, wie Ismer ihn anbot, kaufte, bezahlte und bald mit seinem Sohne auf einem großen Handwagen abholte. Ismer selbst war dann in der Wohnung geblieben und verbrannte im Ofen alle Briefe von und an Emilie, unter denen sich auch mehrere vom Frühling befanden. Er nahm sich nicht einmal die Mühe, sie durchzulesen.
Als alles leer gemacht war, schloß er das Vorlegeschloß ab und trug den Schlüssel zu Marie, bei der er sich sofort einlogierte, und die zunächst nur die rein menschliche Seite der Sache zu betrachten schien, in deren Augen aber zu lesen war, daß, wenn sich ein Widerstand einstellen sollte, er nicht durchaus auf ihrer Seite zu finden sein würde.
Ismer setzte bei Marie, bis sein Urlaub zu Ende war. Bevor er Abschied nahm, gab er ihr einen Schein. Danach sollte sie berechtigt sein, von der Bank sein Geld abzuheben, wenn er fiel. Er bekannte in dem Scheine, Marie das Geld für Kost und Logis schuldig zu sein.
Als er austrücken mußte, kam er zuerst in die Etappe, und bald näher an die Front. Da seine Gesundheit gute Fortschritte machte, mußte er bald in die Kampflinie.
Er fiel kurz nach seinem Eintreffen daselbst, bei einem Sturme in der Nähe von Arras, im deutschen Sperrfeuer, das eine Spur zu kurz gelegt war.

neue Freigabe, insgesamt also 40 v. H. der im Bezugschein festgesetzten Menge. Auf Kohlenbezugschein für Warmwasserbereitungsanlagen erfolgt keine neue Freigabe.

Milchbelieferung vom Sonnabend, den 15. Januar bis einschließlich Montag, den 17. Januar 1921: A- und B-Geschäfte Belieferungsliste III, d. h. A I 1 Liter, A II 1 Liter, B I 1/2 Liter, B II 1/2 Liter. Am 15. Januar erhalten die 1/2-Liter-Krankenkarten nur 1/4 Liter Frischmilch, die 1/2-Liter-Krankenkarten werden voll beliefert. Am 16. Januar werden die 1/2- und 1-Liter-Krankenkarten voll beliefert. Am 17. Januar erhalten die 1/2-Liter-Krankenkarten 1/2 Liter Frischmilch, die 1-Liter-Krankenkarten werden nicht beliefert. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neubezugsberechtigten Gemeinden.

Sozialistische Proletarierjugend, Groß-Berlin. Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, versammelt sich die sozialistische Proletarierjugend am Ringbahnhof Frankfurter Allee zwecks Kranzniederlegung an den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf den Friedhof in Friedrichsfelde. Banner und Fahnen sind mitzubringen. Berliner Zentrale.

Ein Lehrer gegen die christliche Pietät. Am 6. d. M. richtete der Vorsitzende des Teltower Arbeiter-Turnvereins, dem auch eine Jugendgruppe angeschlossen ist, anfänglich der Beerdigung eines kleinen Mädchens, die der Jugendgruppe angehört, an den Klassenlehrer M a r q u a r t die Bitte, die Mitschülerinnen und Turnkolleginnen für die Zeit der Beerdigung vom Unterricht zu dispensieren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre kleine Freundin auf ihrem letzten Wege begleiten zu können. Das wurde von dem Lehrer ohne Angabe eines Grundes abschlägig beschieden. Der Vorsitzende wandte sich darauf an den Rektor der Schule mit dem Ersuchen, diesen Bescheid zu korrigieren, was dieser Herr mit der Begründung ablehnte, daß er keine Befugnisse habe, die Gründe des Lehrers nachzuprüfen. Das ist ein Urteil von einem Vorgesetzten, das wahrhaftig nicht geeignet ist, den Kindern Achtung vor den Vertretern der Lehre der christlichen Nächstenliebe einzuspülen!

Die Waffensuche in Groß-Berlin nahm gestern morgen weiteren Fortgang. Gegen 10 Uhr vormittags wurde in Weikensee die Gegend zwischen Berliner Allee, Linden-, Straßburg- und Wörthstraße durch Schuppolizei abgesperrt und die Durchsuchung der einzelnen Häuser von jugendlichen Kriminalbeamten ausgeführt.

Eine Schredenszene spielte sich gestern in der Dresdener Straße ab. Von dem Hofe des Grundstücks Nr. 97 ritten plötzlich zwei Pferde des Fuhrherrn Ernst Riß auf die Straße hinaus und in das Schaufenster des gegenüberliegenden Buttergeschäftes von Weidhain, wobei die Scheibe in tausend Stücke zerbrach. Dann jagten sie weiter und überrollten die 64jährige Elisabeth Huber aus der Alexanderstraße 78, die sofort tot liegen blieb. Schließlich anhielten sie den Laden an der Ecke der Dresdener- und Alexandersstraße und zertrümmerten ebenfalls ein Schaufenster. Jetzt erst gelang es, die Tiere zum Stehen zu bringen.

Explosion. Gestern vormittags zwischen 11 und 1/2 Uhr ereignete sich in dem der Reichsdruckerei gehörenden Hause Alte Jakobstraße 106 in der Fabrik für Jagdwaffen und Jagdmunition von Bräunlich und Eberhardt mehrere Explosionen, durch die eine Anzahl Arbeiter leicht verletzt wurden. Das Munitionswerk in den Räumlichkeiten der Munitionswerkstätte ist stark beschädigt. Die vorhandenen Vorräte an Munition sowie anderes Material sind vollständig verbrannt. Gegen 1 Uhr mittags rückte der größte Teil der Feuerwehr wieder ab, nachdem es gelungen war, des Feuers Herr zu werden.

Die gewesenen politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich Montag, den 17., abends 7 Uhr, in dem Lokal Manteuffelstraße 72.

Verwaltungsbezirk 3 (Wedding). Bezirksverordnete, Stadtdenordnerte, Kommunale Kommissionsabente, Sonnabend, den 15. Januar, 7 Uhr, in der Schule Bankstr. 47, Fraktionsführung.

Beschaffungsbeihilfen für in Neufölln wohnhafte Angehörige von Kriegesgefangenen. In die Angehörigen der am 1. November 1920 noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen sollen Beschaffungsbeihilfen zur Auszahlung gelangen, und zwar auf Antrag und im Falle wirklicher Bedürftigkeit. Die Anträge sind sofort im Militärbüro, Rathaus, Zimmer 512, zu stellen.

Verlegung der Elternbeitragswahlen in Neufölln. Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Neuwahl der Elternbeiträge, die auf Sonntag, den 13. Februar 1921, festgesetzt war, auf Mitte bis Ende März 1921 verlegt, da im Interesse der Schule vermieden werden muß, daß die Vorbereitungen dazu mit den politischen Wahlen zusammenfallen. Der neue Termin wird später mitgeteilt werden.

Beiz. Die Elternversammlung der 3. Gemeindefschule findet Montag abend um 8 Uhr in der Aula der 1. Gemeindefschule, Chausseestraße, statt. Es spricht Lehrer Reiche, Groß-Lichterfelde, über die Schule der Zukunft. Die

Eltern der Kinder aus der ersten Gemeindefschule sind hierzu ebenfalls eingeladen.

Beiz. Weillische Schule. Die Eltern, welche wünschen ihre schulpflichtigen Kinder in eine solche Schule zu schicken und noch nicht Gelegenheit gegeben war in eine entsprechende Liste sich einzuschreiben, können dies bis 23. Januar im Zigarrenladen von Mittag, Beiz, Chausseestraße 82, noch tun.

Gewerkschaftliches

Eisenbahner!

Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, finden in folgenden Lokalen

große Eisenbahner-Rundgebungen

statt mit anschließender Demonstration. Abmarsch zur Demonstration um punkt 11 Uhr von den Versammlungslokalen

- Brauerei, Fildichstr. 2-3
- Böhmer-Brauerei, Prenzlauer Allee 242
- Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10
- Woblinger Gesellschaftshaus, Woblerstr. 24
- Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147
- Andreas-Geißle, Andreasstr. 21.

Alle Eisenbahner, Beamte sowie Arbeiter, werden aufgefordert, zu diesen Versammlungen zu erscheinen.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter. A. Krüll.

Allgemeiner Eisenbahner-Verband. A. Spanner. Deutscher Eisenbahner-Verband. F. Kildor.

Lohnbewegung der kaufmännischen Angestellten in der Camembrotbranche

Der Zentralverband der Angestellten Bezirk Groß-Berlin teilt mit, daß die Vergleichsverhandlungen vor dem Schlichtungsamt Groß-Berlin gescheitert sind. Es wurde dann ein Schlichtungsamt bestellt. Die Arbeitgeber haben bei diesen Verhandlungen den Organisationsvertretern zu verstehen gegeben, daß sie nur bereit wären, den Schlichtungsamt für die Gruppe III anzuerkennen. Dies Anerkennen muß von den gesamten Angestellten ganz entschieden zurückgewiesen werden, da nach getroffenen Feststellungen bei den einzelnen Firmen in Gruppe III höchstens 1 bis 4 Angestellte beschäftigt werden. Der größte Prozentsatz der Firmen haben überhaupt keine Angestellten in Gruppe III. Die Angestellten können mit Ruhe die Dinge ansehen, da augenblicklich bei allen Firmen Hochkonjunktur ist und die Arbeitgeber wohl in der Lage sind, den gefällten Schlichtungsamt anzuerkennen, es sei, daß sie mutwillig die Angestellten in einen Streik hineinreiben wollen. Der Schlichtungsamt sieht so minimale Gehälter vor, wie wir sie fast in keiner anderen Branche haben. Die Behauptungen der Arbeitgeber, daß sie so starke Verluste erlitten haben, trifft absolut nicht zu. Wir wissen ganz genau, daß die Arbeitgeber in dieser Branche immer noch 40-50 Prozent verdienen und in den Jahren 1918/19 größere Firmen Millionengewinne eingesammelt haben. Die Angestellten werden am Montag, den 17. Januar 1921, abends 8 Uhr, in einer Versammlung in der alten Geheimratsteipe, Jerusalemstraße 8, zu dieser Frage Stellung nehmen.

Drohender Streik in der Akkumulatorenfabrik Ober-Schöneweide

Die Belegschaft der Akkumulatorenfabrik Ober-Schöneweide hat in zwei Versammlungen Stellung genommen, zu dem Ansuchen der Firma, Entlassungen in Massen vorzunehmen. Die erste Betriebsversammlung entschied, ehe Entlassungen vorgenommen werden, sollte die Akkordarbeit eingestellt werden. Die Firma gab nun eine gewundene Erklärung ab, wonach vorläufig Entlassungen nicht vorgenommen werden sollen. Daraufhin hat die Belegschaft in der zweiten Versammlung, die am Mittwoch, den 12. Januar 1921 tagte, folgende Entschließung angenommen:

„Die Arbeiterschaft nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den angekündigten Entlassungsmassnahmen unserer Firma. Sie erklärt hiermit, den Kampf, der ihr auf diese Weise aufgezwungen werden soll, mit allen Mitteln aufzunehmen.“

Eine weitere Entschließung, die sich an die gesamte Arbeiterschaft richtet, lautet:

„Die Belegschaft der Akkumulatorenfabrik fordert hiermit alle Arbeiterorganisationen auf, zu der Frage der Arbeitslosen und Auszarbeiter unterzögliche Stellung zu nehmen. Es muß eine gemeinsame Aktionsfront hergestellt werden, um der arbeitenden Klasse das Existenzminimum zu erkämpfen.“

Weltwirtschaft und Weltkrise

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, veranstaltet für seine Funktionäre am Mittwoch, den 13. Januar 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, eine Versammlung. Tagesordnung: Weltwirtschaft und Weltkrise. Referent: Dr. Rudolf Breitscheid. Einlad. nur gegen Vorzeigung des Funktionärsausweises und des Mitgliedsbuches des Zentralverbandes. Funktionäre, die noch nicht im Besitze des Ausweises für 1921 sind, haben gegen Vorzeigung ihres bisherigen Ausweises Zutritt.

Fabrikarbeiter. Die Arbeiterschaft der Chromo- und Buntpapier-Industrie, organisiert in dem Verband der Fabrikarbeiter, nahm in ihrer Branchenversammlung zu dem Bericht über die Lohnverhandlungen in Leipzig, den Räder gab, Stellung. Von allen Rednern wurden die geringen Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber scharf kritisiert. Ein Redner teilte mit, daß ihm bekannt geworden sei, daß die Arbeitgeber auf ihrer Zusammenkunft in Halle bei der Preisfestsetzung mit einer Lohnerhöhung von 15 Prozent gerechnet haben, jetzt sind allerdings noch nicht einmal 8 Prozent herausgekommen. Einmütig wurde beschlossen: Die Verbandsleitung wird beauftragt, den völlig ungenügenden Lohnsatz zum ersten möglichen Termin, spätestens jedoch am 1. Februar 1921, zu kündigen und, falls nicht bedeutend höhere Sätze bewilligt werden, seinen neuen Tarifabschluß vorzunehmen.

Achtung. Um allen irreführenden Nachrichten entgegenzutreten, machen wir hierdurch unseren Mitgliedern die Mitteilung, daß das Arbeitsnachweis-Abkommen, welches zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und uns abgeschlossen wurde, in der alten Form bis zum 31. 3. 1921 verlängert ist. Das Umhören nach Arbeit ist nach wie vor verboten, die Arbeitsvermittlung geschieht also nur durch den zuständigen Nachweis der Berliner Metall-Industrie. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Aus den Organisationen

- 4. Bezirk, 7. Abteilung. Alle Mitglieder der kommunalen Kommission treffen sich Sonntag früh 10 Uhr bei den Eltern, Reichenberger Str. 30.
- 15. Bezirk. Kinderbesuchung Sonntag vorm. von 10-11 Uhr bei Hoffmann, Sonnenstr. 5. — Gesellen, die gemeinsam (sozialistische) Besuche besprechen wollen, treffen sich Sonntag vorm. 10 Uhr bei Kumpel, Fiedlerstr. 17.
- 17. Bezirk. Einladungen für die künftigen Jahresarbeiten zum 16. Januar sind nach dem Genauen festzulegen. Die künftigen Jahresarbeiten sind am 16. Januar abends 8 Uhr, in der Kaserne, Reichenberger Str. 147, zu besprechen.
- Charlottenburg. Montag abends 7 Uhr Aktionsführung im Rathaus, Zimmer 5.
- Charlottenburg. Sonnabend am 17. Januar, 7 1/2 Uhr, im Rathaus, Sitzungszimmer Nr. 1. Sätze willkommen. Referat von Genosse Witzmann. Partei und Klub im Sozialismus.
- Berlin. Sitzung der Delegierten am Montag, 17. Januar, abends 8 Uhr, bei Schell, Berliner Str. 118.
- Tiergarten. Frauen-Vollversammlung am 17. Januar, abends 7 Uhr, Schell, Tiergarten. Referat von Genosse Witzmann.
- Alte-Schöneweide-Nachricht. Der Jahrestag findet nicht dieses, sondern nächsten Sonnabend, 22. Januar, 7 1/2 Uhr, im Kaspertheater in Hildesheim statt. Tagesordnung: Die beschriebenen Wahlen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Bereinskalender

- Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe 66 (Funktionäre, Betriebsratsmitglieder, Angehörige der Gewerkschaften, Sozialisten, Gemeindefunktionäre) treffen sich Sonntag vorm. von 10-11 Uhr bei Hoffmann, Sonnenstr. 5. — Gesellen, die gemeinsam (sozialistische) Besuche besprechen wollen, treffen sich Sonntag vorm. 10 Uhr bei Kumpel, Fiedlerstr. 17.
- Sozialistische Arbeiterpartei. Sonntag, 16. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, findet in der Schulaula (Schiller-Platz) eine öffentliche Versammlung der Berliner Metallindustrieller statt. Der zünftigen Tagesordnung wegen ist ein vollständiges Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.
- Deutscher Gewerkschaftsbund. Freitagabend, Sonntag, 16. Januar, vorm. 9 Uhr, bei Genosse Witzmann, Schillerstr. 18, wichtiger Parteiveranstaltung. Schlichtungsarbeiten. Die Gruppenverteilung findet unbekanntlich nicht am Montag, 17. Januar, sondern am Sonntag, 16. Januar, vorm. 10 Uhr, im „Proleten“, Reichenberger Str. 147, statt. Diese Versammlung ist eintrittsfrei.
- Reichsverband der Arbeiter (Bezirk 4) treffen sich Sonnabend 7 Uhr bei Riß, Reichenberger Str. 11.
- Antikriegsaktion. Nach der Kriegesfeier, Ostgruppe Süd. Sonntag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, in Dresden Garten, Dresdenstr. 65, Generalversammlung.
- Internationaler Bund der Kriegesfeier. Ostgruppe Süd. Dienstag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, Generalversammlung in der Schulaula, Woblerstr. 10-11.
- Mitglieder-Verband, Ostgruppe Nord. Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr findet in Altes Weillisches, Fiedlerstr. 17, Generalversammlung statt.
- Sozialistische Proletarierjugend, Ostgruppe Süd. Am Sonntag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Ostgruppe Süd, Reichenberger Str. 147, eine Vortrag über die „Einführung in das Schachspiel“ statt.

Geschäftliches

Die Firma Raab empfiehlt im Januarheft der heutigen Ausgabe wirtlich billige Schuhwaren.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kubold, Berlin. Best.-Antragstellung bei den Verlagsstellen: Kubold & Kommerell, Berlin. — Verlagsgegenstände: Kubold & Kommerell, G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Welt“: Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 7. Dritte Straße 5-6.

INVENTUR-AUSVERKAUF

Zu unerhört billigen Preisen weil wir einen grossen Teil der Waren, die wir beim Kaufe des Warenhauses mit übernommen mussten, unter allen Umständen räumen wollen

Druckknöpfe Dutzend 5 Pz.	Herren-Unterhosen Paar 3 ⁵⁰	Frauenmäntel aus gutem, weichen Cheviot ... Stück 68 ⁵⁰	Bestickte Batiste in dunklen Farben Meter 5 ⁵⁰
Strickwolle schwarz, 100 Gramm ... 5 ⁵⁰	Damen-Unterjacken ... Stück 11 ⁵⁰	Mantel aus graugrüner Stoffe Stück 79 ⁵⁰	Blusenfianelle in mittelblauen Farben Meter 9 ⁷⁵
Ein Posten Knöpfe für Mantel und Blusen ... Duzd 1 ⁵⁰	Damen-Beinkleider mit weicher Bülker, Stück 29 ⁵⁰	Voile-Blusen dunkel mit Hochkragen ... Stück 21 ⁵⁰	Blusenpopelin in schönen Streifen Meter 16 ⁵⁰
Hohlsaumbändchen weiß, Mtr. 25 Pz.	Untertaillen mit Bülker, ... Stück 11 ⁵⁰	Blusen aus weichen Stoffen ... Stück 38 ⁵⁰	Reinwollene Cheviots ... Meter 37 ⁵⁰
Rohkattun für Vorhänge und Vorlagen ... Meter 7 ⁹⁵	Strickbinder ... Stück 9 ⁷⁵	Sommer-Handschuhe ... Paar 35 Pz.	
Hemdentuch, starkfädig ... Meter 9 ⁷⁵	Sportkragen ... Stück 3 ⁰⁵	Damen-Kragen ... Stück 50 Pz.	
Renforcè, feinwollig ... Meter 11 ²⁵	Trikot-Beinkleider ... Stück 12 ⁰⁰	Knaben-Mützen ... Stück 95 Pz.	
Inletts in guter Qualität ... Meter 22 ⁵⁰	Kravatten, Reinstoffe ... Stück 3 ⁸⁵	Kinder-Hüte ... Stück 95 Pz.	

Schwarze Damen-Strümpfe 5⁹⁵ englisch lang

Warenhaus Julius Loewenberg & Co.

Swinemünder Str. 86, Ecke Lortzingstr., 5 Minuten vom Ringbf. Gesundbrunnen. Straßbahnverbindungen: Haltestelle Domnitzer Straße 27, 43, 111, G. 5, 6, 33, 37, 41, 69.

